

# ***Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam***



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller\*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 12: Gesellschaft, Integration und Gleichstellung

2 **Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam**

3 Baden-Württemberg ist ein Land mit einzigartigen Menschen und einer lebendigen  
4 und vielfältigen Gesellschaft. Wir alle leben gerne hier. Wir schätzen den  
5 Zusammenhalt, dass man füreinander da ist und sich gegenseitig hilft. Nirgendwo  
6 sonst in Deutschland engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich im  
7 Sportverein, in der Flüchtlingshilfe, in einer Bürgerinitiative oder  
8 Kirchengemeinde.

9 In der Corona-Krise haben wir bewiesen, dass wir als Gesellschaft auch mit  
10 Abstand zusammenhalten. Viele haben mit angepackt und anderen geholfen: Jüngere  
11 haben für Ältere eingekauft, Ältere haben für ihre Nachbarschaft Alltagsmasken  
12 genäht, Sportvereine haben Training fürs Wohnzimmer angeboten und Künstler\*innen  
13 haben Konzerte im Internet gegeben oder vor Krankenhäusern gesungen, um den  
14 Patient\*innen Mut zu machen. Das war eine große Gemeinschaftsleistung, die  
15 einmal mehr gezeigt hat, was wir zusammen alles schaffen können.

16 Auch wenn das Miteinander bei uns in Baden-Württemberg stärker ist als anderswo,  
17 nehmen auch bei uns die Fliehkräfte in der Gesellschaft zu. Die liberale  
18 Demokratie steht weltweit unter Druck. Menschen erwarten Antworten auf  
19 fundamentale Umbrüche unserer Zeit – von der digitalen Revolution über die  
20 Globalisierung und die Klimakrise bis hin zur Migration. Der Ton der  
21 öffentlichen Debatte wird rauer und brutaler. Der soziale Kitt, der unsere  
22 Gesellschaft zusammenhält, bröckelt.

23 Wir Grüne stehen für eine Politik, die Orientierung und Sicherheit im Wandel  
24 gibt und das Vertrauen in unser Gemeinwesen stärkt. Wir wollen unser  
25 Zusammenleben so gestalten, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben  
26 teilhaben können, wahrgenommen werden und den Respekt erfahren, den jede\*r  
27 einzelne verdient. Uns geht es darum, das Miteinander und Füreinander in unserer  
28 offenen Gesellschaft zu fördern und Diskriminierung und Ausgrenzung zu  
29 überwinden. Unser Ziel heißt Zusammenhalt in Vielfalt. Deshalb haben wir bereits  
30 in den vergangenen Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu einem  
31 politischen Schwerpunkt der grün-geführten Landesregierungen gemacht. Diesen Weg  
32 wollen wir in den kommenden Jahren beherzt weitergehen. Wir wollen die  
33 Abwehrkräfte unserer Gesellschaft gegen Populismus und Polarisierung stärken.  
34 Denn miteinander erreichen wir so viel mehr als gegeneinander.

35 **Ein starkes Ehrenamt bringt Menschen zusammen**

36 Baden-Württemberg ist das Land des bürgerschaftlichen Engagements. Fast die  
37 Hälfte aller Menschen in unserem Bundesland engagiert sich freiwillig. Was bei

38 uns viele Menschen ehrenamtlich in den Sport- und Musikvereinen, bei der  
39 Freiwilligen Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Kirchen, Religionsgemeinschaften,  
40 Gewerkschaften und Parteien leisten, ist unbezahlbar.

41 Wir Grüne fördern und stärken ehrenamtliches Engagement. Mit der  
42 Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine  
43 Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne  
44 wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von  
45 Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht  
46 oder sexueller Orientierung. Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt  
47 begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür  
48 werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Denn das Ehrenamt braucht gute  
49 Rahmenbedingungen. Wir werden unnötige bürokratische Hürden, die viel Zeit und  
50 Verwaltungsarbeit kosten, abbauen. Die Vernetzung der Ehrenamtlichen soll  
51 gestärkt werden, um die Möglichkeiten für den Austausch von Wissen und Erfahrung  
52 zu verbessern. Gutes Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Wir werden  
53 mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine  
54 Ehrenamtskarte einführen. Sie soll den Ehrenamtlichen einen praktischen Nutzen  
55 bieten und ihnen ein paar wohlverdiente schöne Stunden ermöglichen –  
56 beispielsweise beim kostenfreien Besuch von Kultureinrichtungen. Im Bund werden  
57 wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen.

58 Viele junge Menschen im Land bringen sich aktiv in die Gesellschaft ein: auf der  
59 Straße, in zahlreichen Vereinen oder auch im Rahmen von Freiwilligendiensten.  
60 Diese Erfahrung wollen wir noch mehr jungen Menschen ermöglichen und ihr  
61 Engagement belohnen. Deshalb werden wir die Landesmittel für die  
62 Jugendfreiwilligendienste erhöhen und der hohen Nachfrage nach Plätzen im  
63 Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)  
64 gerecht werden. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs lehnen wir ab –  
65 Engagement lebt von Freiwilligkeit und der Motivation und Freude aus sich selbst  
66 heraus, sich für etwas einzusetzen. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass  
67 soziales und ökologisches Engagement verstärkt beim Hochschulzugang oder einer  
68 Ausbildung berücksichtigt wird. Mit einem Freiwilligen-Pass wollen wir  
69 ermöglichen, dass jede\*r Freiwilligendienstleistende künftig ermäßigte  
70 Eintrittspreise beispielsweise in Freibädern und anderen Einrichtungen erhält.

### 71 **Mit Sport verbinden, mit Sport gewinnen**

72 Der Sport spielt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine zentrale Rolle,  
73 denn Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit  
74 verschiedenen Erfahrungen. Im Sport werden die Werte einer offenen und  
75 solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist  
76 und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne  
77 unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung.

78 Sportangebote müssen integrativ sein und Begegnungen ermöglichen. Wir Grüne  
79 werden den Breitensport weiterhin partnerschaftlich und verlässlich  
80 unterstützen, denn er vermittelt Werte und Bildung und schafft Zusammenhalt.  
81 Sportvereine und Verbände benötigen für die Bewältigung ihrer Aufgaben Rückhalt.  
82 Deshalb wollen wir den Solidarpakt Sport verlängern, um die Sportvereine auch

83 weiterhin unterstützen zu können. Vielerorts sind Sportstätten die einzigen  
84 Orte, an denen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen  
85 und gemeinsam ihre Mannschaft unterstützen oder zusammen Sport treiben. Wir  
86 Grüne wollen diese Orte nachhaltig sichern und verbessern. Mit dem Solidarpakt  
87 Sport III hat die grün-geführte Landesregierung die ehrenamtlichen  
88 Übungsleiter\*innen besser ausgestattet und die Fördermittel für den Bau von  
89 Sportstätten, insbesondere durch ein Sonderprogramm, deutlich erhöht. Wir Grüne  
90 wollen beim Bau und Unterhalt von Sportstätten einen Schwerpunkt auf Klimaschutz  
91 und Nachhaltigkeit legen.

92 Sportveranstaltungen schaffen einzigartige Erlebnisse für Athlet\*innen und  
93 Zuschauer\*innen, sie sind aber auch eine Herausforderung für die Idee der  
94 Nachhaltigkeit. Wir stehen Sportgroßveranstaltungen in Baden-Württemberg offen  
95 gegenüber, wollen jedoch sicherstellen, dass Investitionen in Infrastrukturen  
96 und Sportstätten im Einklang mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und  
97 ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen stehen.

98 Wir Grüne unterstützen die Initiative „Spitzensportland Baden-Württemberg“, um  
99 vielen Sportler\*innen die Möglichkeit zu geben, sich zu Spitzenathlet\*innen  
100 entwickeln zu können. Wir machen uns für eine transparente Sportförderung stark,  
101 die die Athlet\*innen in den Mittelpunkt stellt und duale Karrieren ermöglicht  
102 und fördert. Frauen sollen hierbei mittels eines zusätzlichen Förderprogramms  
103 besonders unterstützt werden. Wettkampfsport auf allen Ebenen ist begrüßenswert.  
104 Leistungssteigerung durch gesundheitsschädigende Mittel und Doping lehnen wir  
105 entschieden ab.

106

107 Zum Sportland gehören Schwimmbäder und Schwimmunterricht. Wir setzen uns für  
108 eine gute Bäderinfrastruktur ein und wollen den Schwimmunterricht an Schulen und  
109 in Vereinen stärken.

110 Wie unsere Gesellschaft ist auch der Sport stets im Wandel. Wir Grüne machen uns  
111 dafür stark, dass auch der Sport diesem Wandel standhält. Wir zeigen uns offen  
112 für neue Formen des Sports: Millionen Menschen begeistern sich für E-Sport. Wir  
113 Grüne wollen gute Rahmenbedingungen für den E-Sport in Baden-Württemberg  
114 schaffen – vor allem für Amateur-Vereine. Deshalb sollen E-Sport-Vereine genauso  
115 von der Gemeinnützigkeit profitieren können wie andere Sportvereine. Einen  
116 Wandel im Sport wollen wir Grüne auch beim Thema Auflösung der strikten  
117 Geschlechtertrennung vorantreiben. Dafür wollen wir Projekte und Vereine  
118 besonders unterstützen, die Pionierarbeit leisten und den geschlechtergemischten  
119 Mannschaftssport normalisieren.

120 Nach der Corona-Pandemie werden viele Hunderttausend sportbegeisterte Menschen  
121 hoffentlich wieder die Spiele ihrer Mannschaften in unserem Land besuchen  
122 können. Damit diese Veranstaltungen sicher und für jede\*n zugänglich bleiben,  
123 hat die grün-geführte Landesregierung mit den Stadionpartnerschaften ein Konzept  
124 vorgelegt, das Sportveranstaltungen zu dem macht, was sie sein sollten: ein  
125 Ereignis, an dem die ganze Familie teilnehmen kann. Wir Grüne unterstützen  
126 darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte im Fan- und  
127 Amateursportbereich. Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen im Sport

128 ebenso wenig wie in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden. Wir  
129 unterstützen Vereine in der Antidiskriminierungsarbeit.

### 130 **Ja zu Vielfalt - Nein zu Hass und Hetze**

131 Wir Grüne stehen fest zu den Werten unseres Grundgesetzes und verteidigen unsere  
132 Gesellschaft gegen rassistisches, rechtsextremes und menschenverachtendes  
133 Gedankengut. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen Hasskriminalität  
134 auflegen. Mit Herz und Haltung wollen wir Hass und Hetze entgegentreten – online  
135 und offline. Wir wollen Betroffene besser unterstützen, Polizei und Justiz  
136 stärker sensibilisieren und die Strafverfolgung effektiver gestalten. Die  
137 Entwicklung der Hasskriminalität in Baden-Württemberg muss Eingang in den  
138 Sicherheitsbericht des Landes finden. Wir ermutigen die Opfer von rechter  
139 Gewalt: Zeigt Hasskriminalität konsequent an!

140 Wir Grüne wollen, dass es gar nicht erst zu Hassverbrechen kommt. Deshalb setzen  
141 wir auf kontinuierliche Prävention. Um allen Dimensionen der gesellschaftlichen  
142 Vielfalt gerecht zu werden und sie perspektivisch dort zu bündeln, wollen wir  
143 eine Stabstelle Vielfalt einführen, die besonders auch im Bereich Antirassismus  
144 tätig wird.

145 Das grün-geführte Sozialministerium hat 2018 die  
146 Landesantidiskriminierungsstelle Baden-Württemberg neu eingerichtet. Das ist ein  
147 großer grüner Erfolg und ein Meilenstein der baden-württembergischen  
148 Antidiskriminierungsarbeit. Diese Landesantidiskriminierungsstelle werden wir  
149 finanziell und als unabhängige Stelle personell stärken. Auch die  
150 Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche werden wir weiter ausbauen. So schaffen  
151 wir überall Zugang zu Information und einheitliche Standards in der Beratung.  
152 Die Antidiskriminierungsstelle soll künftig außerdem flächendeckende  
153 Informationskampagnen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeiten und  
154 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Workshops zur  
155 Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche anbieten. Auch von staatlicher Seite  
156 dürfen keine Diskriminierungen erfolgen. Darum fordern wir ein  
157 Antidiskriminierungsgesetz, das nach dem Vorbild des Allgemeinen  
158 Gleichbehandlungsgesetzes ausgestaltet sein soll. Besonders wichtig ist es uns  
159 auch, die Themen Antirassismus und Antidiskriminierung in die Schulen zu  
160 bringen. Dafür entwickeln wir Konzepte, um vertrauensvolle Anlaufstellen für  
161 Schüler\*innen und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen.

### 162 **Menschlichkeit und Verantwortung - für ein weltoffenes Baden-Württemberg**

163 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg  
164 nicht mehr. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Terror, Perspektivlosigkeit und der  
165 Zerstörung ihrer Herkunftsregionen durch die Klimakrise. Viele von ihnen suchen  
166 Schutz und neue Perspektiven in Europa, Deutschland und auch bei uns in Baden-  
167 Württemberg. Unser Land konnte bereits vielen Menschen eine neue Heimat geben.  
168 Menschlichkeit, Verantwortung und Solidarität bilden den Kern unserer  
169 flüchtlings- und asylpolitischen Überzeugungen: Wir wollen Menschen in Not  
170 helfen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen in unsere Gemeinschaft  
171 einzubringen – davon profitieren nicht zuletzt auch diejenigen, die bereits seit

172 Längerem hier leben. Wir sorgen dafür, dass Geflüchtete bei uns ein neues  
173 Zuhause finden, und schaffen langfristige Integrations- und Bleibeperspektiven.

174 In den vergangenen Jahren hat die grün-geführte Landesregierung in einer  
175 Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft vielen  
176 Geflüchteten geholfen und mit verschiedenen Maßnahmen für eine bessere  
177 Unterbringung und Versorgung der Menschen gesorgt, die zu uns gekommen sind.  
178 Aber wir wollen auch in Zukunft die Situation in den Flüchtlingsunterkünften  
179 weiter verbessern. Der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen soll weiter  
180 verkürzt werden. Die Erstaufnahme muss gut ausgestattet und Corona-konform  
181 gestaltet werden. Durch kraftvolles und koordiniertes Handeln haben wir neben  
182 der Erhöhung des Wohnraumes in der Flüchtlingsaufnahme auch eine erfolgreiche  
183 Bundesratsinitiative für Geflüchtete in Arbeit gestartet, um Bleibeperspektiven  
184 zu verbessern. Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete sehen wir  
185 grundsätzlich kritisch.

186

187 Wir haben außerdem ein Sonderprogramm zur Aufnahme von 1000 traumatisierten  
188 jesidischen Frauen und Kindern aufgelegt, die der grausamen Verfolgung durch den  
189 sogenannten Islamischen Staat entkommen konnten. Wir bieten ihnen hier Schutz  
190 und Sicherheit. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir weitere  
191 Sonderprogramme für besonders Schutzbedürftige auflegen.

192 Von Anfang an sollen alle die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu  
193 lernen. Durch eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung sollen Geflüchtete  
194 künftig von Anfang an über ihre Rechte und die Voraussetzungen der verschiedenen  
195 Aufenthaltstitel informiert werden. Wir haben das Ziel, dass Geflüchtete so  
196 schnell wie möglich Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung und Arbeit  
197 und einer guten Wohnsituation bekommen. Dafür wollen wir das Erreichte  
198 überprüfen und weiter verbessern. Gesellschaftliche Teilhabe schließt neben  
199 Wohnen und Arbeiten auch die gesundheitliche Versorgung ein. Wir setzen uns  
200 daher für die Ausstellung einer Gesundheitskarte mit der Erstregistrierung ein.  
201 Zudem wollen wir den anonymen Krankenschein für Menschen ohne Aufenthaltsstatus,  
202 sogenannte Papierlose, etablieren.

203 Traumatisierte Geflüchtete brauchen einen schnellen und niedrigschwelligen  
204 Zugang zu Hilfe, damit sie eine Perspektive und Chancen auf Teilhabe in der  
205 Gesellschaft haben. Daher wollen wir die bestehenden psychosozialen  
206 Beratungsstellen zu einer landesweiten Versorgungsstruktur weiterentwickeln.

207 Wir Grüne sind dankbar, dass sich so viele Menschen in unserem Land in der  
208 ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe engagieren. Egal, ob es die Landfrauen sind, die  
209 Wollsocken für Flüchtlingskinder stricken. Oder der Fußballtrainer, der neue  
210 Kicker\*innen aus aller Welt in seinem Team mit offenen Armen empfängt. Oder die  
211 Deutschlehrerin, die ehrenamtlich an ihren Nachmittagen den Neuankömmlingen  
212 erste Sprachkenntnisse vermittelt. Oder die vielen Ehrenamtlichen in den  
213 Freundeskreisen, die sich um die kleinen und großen Alltagsprobleme kümmern. Wir  
214 Grüne bringen diesem Engagement große Wertschätzung entgegen und werden es  
215 weiter gezielt unterstützen.

216 Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg unterstützen die Initiative  
217 „Sichere Häfen“ und zeigen damit aktive Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen,  
218 die aus Seenot gerettet worden sind oder in Flüchtlingslagern vor den Toren  
219 Europas leben. Wir Grüne unterstützen diese Initiative und wollen, dass auch das  
220 Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Wir werden daher ein  
221 entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf  
222 Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei  
223 der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten, um so auch unter anderem  
224 Verantwortung für die Geflüchteten in Griechenland zu übernehmen. Auf  
225 europäischer Ebene setzen wir uns außerdem dafür ein, dass zivile Seenotrettung  
226 entkriminalisiert und ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles  
227 Seenotrettungssystem aufgebaut wird. Das Sterben im Mittelmeer muss beendet  
228 werden!

229 Die beste Flüchtlingspolitik bewahrt die Menschen davor, ihre Herkunftsregionen  
230 überhaupt erst verlassen zu müssen. Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die  
231 Gründe der Flucht und nicht die Menschen auf der Flucht zu bekämpfen. Dafür  
232 müssen wir in Europa und im Bund noch viel mehr tun, indem wir unseren Beitrag  
233 zu Fluchtursachen erkennen, dafür Verantwortung übernehmen und Maßnahmen  
234 ergreifen, wie beispielsweise die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zu  
235 erhöhen. Die grün-geführte Landesregierung hat mitgeholfen, die wirtschaftliche  
236 Situation auf dem Balkan zu stabilisieren. Sie hat im Nordirak wichtige  
237 Programme zur Gesundheitsvorsorge und Bildung ins Leben gerufen und wird auch  
238 weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur  
239 Fluchtursachenbekämpfung leisten.

240 Wer bei uns Asyl beantragt, verdient ein rechtsstaatliches, faires und schnelles  
241 Asylverfahren. Nicht alle, die zu uns kommen, werden auch dauerhaft hierbleiben  
242 können. Wird ein Asylantrag abgelehnt und gibt es keine weiteren Gründe, die  
243 eine Rückkehr ausschließen, hat für uns die freiwillige Rückkehr Vorrang. Wir  
244 setzen dabei auf aktive Rückkehrberatung und gezielte Rückkehrhilfen. Die  
245 Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg müssen  
246 eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und  
247 Abschiebep Praxis gewährleisten. Dabei wollen wir das Kirchenasyl respektieren.  
248 Niemand darf in Kriegsgebiete oder in Lebensgefahr abgeschoben werden. Die  
249 Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer lehnen wir ab. Dafür fordern  
250 wir klare Maßstäbe auf Bundesebene und insbesondere eine engmaschige und  
251 ergebnisoffene Überprüfung der Situation in Ländern wie Afghanistan – einem  
252 Land, in das wir Abschiebungen in der aktuellen Lage ablehnen. Für Menschen ohne  
253 Aufenthaltsrecht ist die Härtefallkommission eine wichtige Anlaufstelle. Diese  
254 Kommission kümmert sich um die Schicksale, die durch das Raster unseres Systems  
255 fallen. Wir wollen, dass die Härtefallkommission unabhängige und transparente  
256 Entscheidungen trifft. Dazu werden wir die Härtefallkommission strukturell und  
257 personell ausbauen.

258

259 Ein Asylverfahren darf nicht die einzige Chance für Menschen sein, die nach  
260 Deutschland einwandern möchten. Bedingt durch demografischen Wandel und  
261 Fachkräftemangel sind wir auf die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland

262 angewiesen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass ein umfassenderes  
263 Zuwanderungsgesetz erarbeitet wird.

#### 264 **Mit Integration beginnen - neue Mitbürger\*innen gewinnen**

265 Integration ist eine große Herausforderung und zugleich eine der größten Chancen  
266 für unser Land. Grüne Integrationspolitik richtet sich an die ganze  
267 Gesellschaft: an alle, die zu uns kommen, aber auch an alle, die schon länger  
268 hier leben. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der die Bereitschaft  
269 aller Beteiligten voraussetzt, in unserer Gesellschaft zusammenzuleben.  
270 Diejenigen, die zu uns kommen, brauchen bestimmte Voraussetzungen, damit  
271 Integration gelingt. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, die deutsche Sprache  
272 zu lernen. Sie brauchen Zugang zu guter Bildung und zum Arbeitsmarkt sowie die  
273 Chance, am politischen und gesellschaftlichen Leben auf der Grundlage unserer  
274 demokratischen Werteordnung teilzuhaben. Für die, die schon länger hier leben,  
275 bedeutet gelingende Integration: offen zu sein für eine kulturelle Bereicherung  
276 und Unterschiede als Chance zu begreifen, nicht als Bedrohung. Ziel unserer  
277 Integrationspolitik ist ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt bei einer  
278 wachsenden Bevölkerungsvielfalt. Das Band, das unsere Gesellschaft dabei  
279 zusammenhält, ist unser Grundgesetz.

280 Wenn Menschen zu uns kommen, wollen wir ab dem ersten Tag mit der  
281 Integrationsarbeit beginnen. Wir wollen keine Zeit verlieren, indem wir warten,  
282 bis der Aufenthaltsstatus endgültig geklärt ist. Oft dauert es Monate, bis die  
283 Bundesbehörden Klarheit geschaffen haben. Deshalb setzen wir uns für eine  
284 zeitnahe Arbeitserlaubnis und eine dezentrale Unterbringung unabhängig vom  
285 Aufenthaltsstatus ein. Jeder Tag, an dem Geflüchtete und Migrant\*innen an  
286 unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ist ein Tag gelungener  
287 Integration.

288 Als Land gestalten wir Integration maßgeblich mit. Deshalb haben wir als grün-  
289 geführte Landesregierung 2016 gemeinsam mit den Kommunen den Pakt für  
290 Integration auf den Weg gebracht. Kernstück war ein neu geschaffenes  
291 Integrationsmanagement. Heute stehen rund 1000 Integrationsmanager\*innen den  
292 Geflüchteten im Alltag zur Seite und unterstützen sie mit Integrationsplänen  
293 dabei, ein selbstständiges Leben zu führen. Zusätzlich unterstützt der Pakt  
294 junge Geflüchtete in Schulen auf ihrem Weg ins Berufsleben und fördert  
295 ehrenamtliche, interkulturelle und bürgerschaftliche Strukturen in der  
296 Flüchtlingshilfe. Wir Grüne werden die Finanzierung des Paktes für Integration  
297 auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen und die Rahmenbedingungen  
298 für gute Integration schaffen.

299 Integration findet dort statt, wo sich Menschen begegnen - in Kitas, Schulen,  
300 Vereinen, Nachbarschaften und am Arbeitsplatz. Für uns Grüne haben vor allem  
301 Familien als Ort der Sicherheit und Vertrautheit einen hohen Stellenwert für  
302 eine gelingende Integration. Gerade nach einer traumatisierenden Flucht  
303 benötigen Menschen die Gewissheit, dass auch ihre Familie in Sicherheit ist. Nur  
304 dann können sie sich mit Herz und Verstand auf die Integration in der Schule,  
305 der Ausbildung und am Arbeitsplatz konzentrieren. Wir Grüne wollen deshalb den  
306 Familiennachzug erleichtern.

307 Wir setzen uns entschlossen für einfache und unbürokratische Möglichkeiten ein,  
308 einen dauerhaften Aufenthaltstitel für Migrant\*innen zu bekommen. Sie sollen  
309 zeitnah nach Abschluss ihres Asylverfahrens eine Bleibeperspektive erhalten.  
310 Dafür wollen wir die gesetzlichen Spielräume wie die Ermessensduldung auf  
311 Landesebene konsequent nutzen. Wenn Menschen plötzlich gehen müssen, die gut  
312 integriert sind, hier arbeiten und sich ein Leben aufgebaut haben, dann ist das  
313 ein herber Verlust für unsere Gesellschaft, den wir vermeiden wollen.

314 Mit dem Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ hat Baden-Württemberg bekräftigt,  
315 dass es eine Kultur der Vielfalt und des Respekts pflegt und fortentwickeln  
316 will. Das bedeutet für uns auch, dass wir die Arbeit von migrantischen  
317 Selbstorganisationen stärken wollen und die Teilhabe von Migrant\*innen in  
318 unserer Gesellschaft verbessern wollen. Wir unterstützen die interkulturelle  
319 Öffnung der Landesverwaltung. Für eine bessere Verständigung brauchen wir mehr  
320 Sprachmittlung in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Wir wollen mehr  
321 Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dazu  
322 wollen wir die Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere – Willkommen im  
323 öffentlichen Dienst“ wieder aufgreifen. Als grün-geführte Landesregierung haben  
324 wir auch das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den  
325 Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht. Wir werden nun ein landesweites  
326 kommunales Netzwerk aufbauen, um Geflüchtete und Migrant\*innen schnellstmöglich  
327 ins Arbeitsleben zu integrieren. Im Ausland erworbene Qualifikationen und  
328 Abschlüsse wollen wir fair anerkennen, nutzen und stärken. Bildung und Sprache  
329 sind für Integration, Teilhabe und Chancengerechtigkeit von zentraler Bedeutung.  
330 Wir werden deshalb die Angebote für Sprachkurse ausbauen und die begleitende  
331 Kinderbetreuung für Geflüchtete mit Kindern sicherstellen.

332 Wir Grüne stehen für eine bunte Gesellschaft. Wir wollen, dass Menschen ohne  
333 deutsche Staatsbürgerschaft schneller und unbürokratischer eingebürgert werden  
334 können. Wir wissen auch: Integration ist ein Prozess, den die  
335 Mehrheitsgesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen, gemeinsam gestalten  
336 müssen. Dieser Integrationsprozess kann nur gelingen, wenn beide Seiten offen  
337 und tolerant gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen sind. Dazu gehört es,  
338 Lebensleistungen, Erfahrungen und Bedürfnisse anzuerkennen. Wir werden die  
339 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken und ein positives Bild von  
340 Diversität vermitteln.

#### 341 **Die Hälfte der Macht den Frauen - überall!**

342 Feminismus ist ein Kernanliegen grüner Politik. Wenn Geschlechtergerechtigkeit  
343 selbstverständlich gelebt wird, sichert das die Stabilität unserer Gesellschaft,  
344 schafft wirtschaftliche Chancen und stärkt unsere Demokratie.

345 Wir Grüne sorgen dafür, dass Frauen und Männer endlich die gleichen Chancen  
346 haben. Die Gleichstellung aller Geschlechter ist für uns eine  
347 Selbstverständlichkeit. Doch leider ist sie noch keine gesellschaftliche  
348 Realität. Frauen und Männer sind zwar vor dem Gesetz gleich, aber wir alle haben  
349 Rollenbilder im Kopf. Es gibt immer noch Berufe, die als typisch für Frauen oder  
350 Männer gelten. Immer noch ist Frauen der Zugang zu Führungspositionen erschwert.  
351 Vielfach verdienen Frauen bei gleicher Qualifikation immer noch weniger als



352 Männer. Wir wollen diese Rollenbilder auflösen und einen gesellschaftlichen  
353 Aufbruch für Frauenrechte initiieren. Wir Grüne werden nicht nachgeben, bis  
354 Frauen wirklich überall die gleichen Rechte, Möglichkeiten und Lebenschancen  
355 haben wie Männer!

356 Als grün-geführte Landesregierung haben wir 2016 mit dem  
357 Chancengleichheitsgesetz in Baden-Württemberg einen großen Sprung nach vorne  
358 gemacht. Darin haben wir festgehalten: Alle Gremien, für die das Land ein  
359 Vorschlagsrecht hat, werden zur Hälfte mit Frauen besetzt. Wir haben darin auch  
360 festgeschrieben, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Städten mit über  
361 50.000 Einwohner\*innen einzuführen. Sie treiben die Frauenförderung in den  
362 großen Städten entscheidend voran. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen  
363 und hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den großen Kreisstädten  
364 einführen. Wir wollen Ansprechpartner\*innen vor Ort einsetzen, um gleiche  
365 Chancen für alle zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Evaluierung des  
366 Chancengleichheitsgesetzes wollen wir nutzen, um neue Impulse für die  
367 Gleichstellung zu setzen. Um die Gleichstellung in Baden-Württemberg auch in der  
368 Landesregierung verpflichtend und kontinuierlich zu verankern, wollen wir eine  
369 Landesbeauftragte für Gleichstellung und Diversity etablieren. Einrichtungen des  
370 Landes sollen bei öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel  
371 Podiumsdiskussionen mindestens ein Drittel weibliche Rednerinnen zum Zug kommen  
372 lassen, um die Expertise von Frauen sichtbarer zu machen. So können  
373 Fachexpertinnen als Vorbilder wirken. Auch bei landeseigenen Unternehmen wollen  
374 wir Gleichstellung fördern sowie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz bekämpfen.  
375 Wir unterstützen diese Unternehmen dabei, Gleichstellungsbeauftragte  
376 einzuführen.

377 Für uns Grüne ist klar: Auch in den Führungsebenen von Politik müssen Männer und  
378 Frauen zu gleichen Teilen repräsentiert sein. Denn nur, wenn alle  
379 gesellschaftlichen Gruppen in Entscheidungen eingebunden sind, kann Politik  
380 tragfähige Entscheidungen treffen. Baden-Württemberg hat deutschlandweit einen  
381 der niedrigsten Frauenanteile im Parlament. Deshalb fordern wir schon lange die  
382 Änderung des Landtagswahlrechts und wollen verfassungskonforme Konzepte für die  
383 Entwicklung eines Paritätsgesetz prüfen lassen. Damit der Landtag zu dem wird,  
384 was er sein soll: ein Spiegelbild unserer Gesellschaft.

385 Gleichberechtigung und Feminismus sind keine reine Frauensache. Um die Bedeutung  
386 dieses politischen Ziels zu untermauern, wollen wir den Internationalen  
387 Frauentag am 8. März zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Wir wollen einen  
388 lebendigen Feiertag einführen, der uns an gesellschaftliche Kämpfe vergangener  
389 Tage erinnert und aufzeigt: Wir müssen noch weitere Anstrengungen unternehmen,  
390 um echte Gleichberechtigung zu erreichen.

391 Wir Grüne zeigen null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen. Wie ein Brennglas hat  
392 die Corona-Krise verdeutlicht: Häusliche Gewalt gegen Frauen ist heute immer  
393 noch ein massives Problem. Als Landesregierung haben wir begonnen, die Vorgaben  
394 der Istanbul-Konvention umzusetzen und verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an  
395 Frauen und häusliche Gewalt zu schaffen. Wir werden diese Arbeit fortführen, bis  
396 die Konvention lückenlos verwirklicht ist. Dafür werden wir den

397 Landesaktionsplan „Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen“ fortschreiben. Wir  
398 werden verstärkt in die Gewaltprävention investieren und Menschen verstärkt  
399 dafür sensibilisieren, Gewalttaten zu erkennen. Gleichzeitig werden wir die  
400 Opfer noch besser unterstützen. Wir werden Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie  
401 Beratungsstellen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt  
402 flächendeckend ausbauen und finanziell gut ausstatten. Durch die stärkere  
403 Förderung wollen wir ein flächendeckendes Netz aus Frauenhäusern erreichen. Ziel  
404 muss es sein, dass es in jedem Landkreis in Baden-Württemberg diese  
405 Zufluchtsorte gibt. Im Einklang mit der Istanbul-Konvention möchten wir auf  
406 Landesebene eine Koordinationsstelle schaffen, die die verschiedenen  
407 Hilfsangebote zusammenbringt. Sie soll den Austausch und die Kooperation der  
408 Beratungsstellen fördern und die regionale Versorgungslage im Blick behalten.

409 Wie lange sie in Frauenhäusern bleiben, darüber können nur die Frauen selbst  
410 entscheiden. Eine pauschale Begrenzung der Wohnzeit lehnen wir ab. Wir setzen  
411 uns dafür ein, dass Frauen nach ihrem Aufenthalt in einem Frauenhaus leichteren  
412 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum bekommen, um ein neues Leben beginnen zu können.  
413 Für Opfer von sexualisierter Gewalt schaffen wir eine bessere Notfallversorgung  
414 einschließlich einer anonymen Spurensicherung. Dafür wollen wir eine  
415 Gewaltambulanz nach Heidelberger Vorbild in jedem Regierungspräsidium aufbauen.  
416

417 Wir kämpfen entschieden gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Menschen  
418 in der Prostitution wollen wir vor Ausbeutung und Ausgrenzung schützen. Das  
419 Recht auf Selbstbestimmung steht für uns dabei im Vordergrund. Deshalb werden  
420 wir Beratungsangebote ausbauen und Ausstiegsprogramme, die Alternativen  
421 aufzeigen, finanziell besser ausstatten.

422 Gewalt gegen Frauen entsteht durch Frauenhass, durch gefährliche  
423 Männlichkeitsvorstellungen und Überlegenheitsfantasien. Hass gegen Frauen ist  
424 eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir wollen  
425 Präventionsarbeit gegen Frauenfeindlichkeit fördern, die auch die  
426 Überschneidungen mit anderen Formen der Menschenfeindlichkeit wie Rassismus in  
427 den Blick nimmt. Gleichzeitig werden wir Programme in der Schule und in der  
428 Kinder- und Jugendarbeit fördern, die Heranwachsende dabei unterstützen, für  
429 ihre Rechte und körperliche Selbstbestimmung einzutreten. Um Frauen das Recht  
430 zur Selbstbestimmung über den eigenen Körper auch beim Thema  
431 Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten, setzen wir uns auf Bundesebene für die  
432 Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch ein.

433 Frau zu sein ist eines der größten Armutsrisiken in Deutschland. Frauen leisten  
434 immer noch den Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit in Familie und  
435 Haushalt. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, damit  
436 Erziehungs- und Familienarbeit endlich gleichberechtigt verteilt werden kann.  
437 Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn  
438 erhalten. Die Einführung eines Lohnatlas für Baden-Württemberg ist ein erster  
439 Schritt, Transparenz über die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu  
440 schaffen. Er soll die Unterschiede in den Branchen und Regionen beleuchten.  
441 Berufe, in denen überproportional oft Frauen beschäftigt sind, sind weiterhin

442 strukturell schlechter bezahlt als andere Branchen. Unser Ziel ist es, diese  
443 Berufe aufzuwerten. Mädchen und junge Frauen wollen wir gezielt für Berufe in  
444 der Technik, den Naturwissenschaften und der IT begeistern. Damit das gelingt,  
445 müssen wir Angebote an unseren Schulen und Hochschulen wie Schüler\*innenlabore,  
446 Brückenkurse und MINT-Orientierungssemester weiter ausbauen sowie überholte  
447 Rollenbilder überwinden. Dazu müssen alle Lehr- und Lernmaterialien entsprechend  
448 überprüft und überarbeitet werden.

#### 449 **Für ein vielfältiges und buntes Baden-Württemberg**

450 Wir Grüne haben Baden-Württemberg ein neues und tolerantes Gesicht gegeben. Wir  
451 stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jede\*r  
452 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben kann. Dafür schaffen wir Grüne die  
453 politischen Rahmenbedingungen. Seit wir in Baden-Württemberg regieren, hat sich  
454 die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von lesbischen, schwulen,  
455 bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen  
456 (kurz: LSBTTIQ) deutlich verbessert. Wir haben außerdem damit begonnen, die  
457 Verfolgungsgeschichte homosexueller Menschen im Nationalsozialismus und in der  
458 Nachkriegszeit historisch aufzuarbeiten.

459 Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ hat die  
460 grün-geführte Landesregierung 2015 bundesweit einen Meilenstein in Sachen  
461 Sichtbarkeit von Vielfalt gesetzt. Damit verbunden war die Gründung des  
462 Landesnetzwerkes LSBTTIQ Baden-Württemberg. Mit seinen über 100  
463 Mitgliedsorganisationen ist das Netzwerk ein starker zivilgesellschaftlicher  
464 Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir Grüne weitergehen und die  
465 queere Netzwerkarbeit weiterentwickeln. Angebote und Beratungen, die in Städten  
466 vielfach von engagierten Institutionen angeboten werden, fehlen an vielen  
467 Stellen im ländlichen Raum. Wir werden deshalb ortsnahe Beratungs- und  
468 Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Wo dies  
469 nicht möglich ist, wollen wir Hotlines und Online-Beratungen installieren. Wir  
470 begrüßen es, wenn sich Kommunen für die Einrichtung von Krisenwohnungen für  
471 queere Menschen entscheiden, um sie vor Gewalt zu schützen.

472 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Deshalb haben wir im Bildungsplan 2016  
473 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ verankert.  
474 Wir Grüne wollen diese Leitperspektive weiter stärken und die Sichtbarkeit  
475 sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Lehrplänen Baden-Württembergs  
476 erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches  
477 Personal konsequent aus- und weiterbilden. Wir wollen, dass an jeder Schule eine  
478 Lehrperson das Diversity-Management koordiniert und Ansprechpartner\*in ist, um  
479 diese Leitperspektive umzusetzen. Aber auch außerhalb der Schule wollen wir  
480 queere Jugendliche besser unterstützen. Wir werden mehr Qualifizierungsangebote  
481 in der offenen Kinder- und Jugendarbeit schaffen und die strukturellen  
482 Beratungs- und Gruppenangebote für LSBTTIQ-Jugendliche im ländlichen Raum  
483 ausbauen.

484 Menschen fliehen auf der ganzen Welt aus unterschiedlichen Gründen. In vielen  
485 Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer  
486 geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa,

487 Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir Grüne werden deshalb  
488 verstärkt Konzepte für Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf in den  
489 Landeserstaufnahmestellen erarbeiten.

490 Auch Dank grüner Politik können LSBTTIQ-Menschen heute so offen leben wie noch  
491 nie. Wir freuen uns, dass immer mehr queere Menschen eine Familie gründen. Wir  
492 wollen für Regenbogenfamilien und queere Gruppen einen festen Anlaufpunkt  
493 schaffen, an dem sie sich in Vertrautheit austauschen können. Wir werden deshalb  
494 die Gründung von Regenbogenhäusern in Baden-Württemberg unterstützen.

495 Weil unsere Gesellschaft immer älter wird, gibt es auch immer mehr offen lebende  
496 queere Menschen, die Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Gerade ältere queere  
497 Menschen haben in ihrem langen Leben vielfach Diskriminierung erlebt. Ebenso  
498 steigt die Zahl der Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, die in  
499 unseren Pflegeeinrichtungen leben. Auch sie haben besondere Bedürfnisse. Wir  
500 Grüne wollen deshalb die kultursensible Pflege stärken und besser auf die  
501 individuellen Belange der zu pflegenden Menschen eingehen. Insbesondere bei der  
502 Versorgung transsexueller, transgender und intersexueller Menschen bedeutet  
503 dies, einen sensiblen Umgang mit der Körperlichkeit der Bewohner\*innen zu  
504 entwickeln. Dazu wollen wir das Thema kultursensible Pflege in der Aus- und  
505 Weiterbildung von Pflegekräften stärken und Pflegeeinrichtungen für das  
506 Qualitätssiegel „Diversitycheck“ gewinnen. Einrichtungen erhalten den  
507 „Diversitycheck“, wenn sie eine offene Willkommenskultur und Kommunikation  
508 umsetzen sowie kultursensible Standards in der Wohn- und Lebenswelt schaffen. So  
509 bietet das Siegel Pflegebedürftigen Orientierung und schafft Vertrauen.

510 Nur wenn wir Grüne regieren, geht es mit der Gleichstellung voran. Wir haben die  
511 Gleichstellung im Landesrecht umfassend verwirklicht. Wir werden auch weiterhin  
512 eine starke Stimme für Vielfalt, Akzeptanz und gleiche Rechte im Bundesrat sein.  
513 Durch die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes wollen  
514 wir den Diskriminierungsschutz stärken. Wir Grüne unterstützen Nicht-binäre,  
515 Trans- und Inter-Personen bei ihrem Kampf für ihre Menschenrechte und ihr Recht  
516 auf körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmung. Wir fordern die  
517 Überarbeitung der Richtlinie zur Blutspende, um den praktischen Ausschluss von  
518 homo- und bisexuellen Männern zu beenden und die diskriminierende Regelung in  
519 Bezug auf transgeschlechtliche Menschen abzuschaffen. Außerdem treten wir für  
520 ein wirksames Verbot von sogenannten „Konversionstherapien“ ein. Diese  
521 wissenschaftlich unhaltbaren Pseudotherapien, die darauf abzielen, die  
522 homosexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität eines Menschen zu  
523 ändern, sind gefährliche Scharlatanerie.

#### 524 **Religion und Weltanschauung: gemeinsam in den Dialog treten**

525 Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet das gemeinsame Fundament, das unsere  
526 Gesellschaft verbindet und zusammenhält. Niemand darf wegen seines Glaubens oder  
527 Nichtglaubens bevorzugt oder benachteiligt werden. Wir Grüne treten für die  
528 religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen auf der  
529 Grundlage unserer Verfassung ein. Wir sehen alle Religionen in unserem Land als  
530 gleichberechtigt an und fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch.  
531 Als Grüne bekennen wir uns fest zum grundgesetzlichen Schutz der Sonn- und

532 Feiertage. Sie sind ein zentrales Moment in der Zeitorganisation von Staat und  
533 Gesellschaft und verschaffen allen Menschen eine Zeit der Erholung, der  
534 Besinnung und der Begegnung.

535 Wir Grüne stehen im regelmäßigen konstruktiv-kritischen Austausch mit den  
536 christlichen Kirchen. Die unzähligen Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden  
537 schaffen Orte der Begegnung und stärken in vielen Städten und Dörfern das  
538 soziale Klima und ein wertschätzendes Miteinander. Die vielen karitativen  
539 Einrichtungen, die Unterstützung von Geflüchteten und die  
540 Entwicklungszusammenarbeit im Globalen Süden wären ohne kirchliches Engagement  
541 kaum denkbar. Gleichzeitig wollen wir mit den Kirchen weiter auch einen  
542 kritischen Dialog pflegen, weil wir beispielsweise ihre Sonderstellung im  
543 Arbeitsrecht für nicht mehr zeitgemäß halten.

544 Nicht erst seit dem schrecklichen Anschlag auf die Synagoge in Halle beobachten  
545 wir mit großer Sorge die Zunahme von Judenhass und Antisemitismus auch bei uns  
546 im Land. Wir Grüne stellen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.  
547 Der Schutz des jüdischen Lebens in unserem Land ist eine gesamtgesellschaftliche  
548 Aufgabe. Wir wollen die Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden-  
549 Württemberg deshalb weiter unterstützen und das Verständnis für jüdische  
550 Geschichte und Traditionen in unserem Land stärken. Die grün-geführte  
551 Landesregierung hat dazu bereits als erstes Bundesland einen  
552 Antisemitismusbeauftragten ernannt, der wertvolle und wichtige Arbeit leistet.  
553 Wir Grüne bekennen uns klar zum Existenzrecht und zur Sicherheit Israels und  
554 positionieren uns gegen die BDS-Kampagne, die Israel durch Boykottaufrufe  
555 politisch, wirtschaftlich und kulturell angreifen und isolieren will.

556 Der Schutz von und der Dialog mit Muslim\*innen ist uns ein wichtiges Anliegen.  
557 Wir setzen uns ein für einen differenzierten Blick und die klare Trennung  
558 zwischen Religion, Migration und Extremismus. Viele Muslim\*innen erfahren  
559 antimuslimischen Rassismus. Diese Alltagsdiskriminierung reicht von Anfeindungen  
560 bis hin zu Angriffen. Diesem Hass stellen wir uns als Grüne entschieden  
561 entgegen! Strukturell gibt es bisher auf Landesebene keine gemeinsame  
562 Organisation, die alle hier lebenden Muslim\*innen vertritt. Deshalb wollen wir  
563 ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis mit dem Land schaffen, z.B. in  
564 Form eines Forums mit Vertreter\*innen der verschiedenen Strömungen des Islam, um  
565 der Pluralität unter Muslim\*innen gerecht zu werden und klar zu signalisieren,  
566 dass es „den Islam“ so nicht gibt. Dadurch stärken wir die rechtliche  
567 Gleichstellung der Muslim\*innen mit anderen Glaubensgemeinschaften und schaffen  
568 auslandsunabhängige Ansprechpartner\*innen auch für zivilgesellschaftliche  
569 Akteur\*innen. An zahlreichen Schulen im Land haben wir islamischen  
570 Religionsunterricht eingeführt. So können Kinder und Jugendliche in ihre  
571 Glaubenstradition hineinwachsen und religiöse Bildung in deutscher Sprache  
572 erfahren. Das führt zu mehr Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt und trägt so zur  
573 religiösen und kulturellen Verständigung bei. Es ist im Sinne einer vernünftigen  
574 Integrations- und Bildungspolitik, dass islamische Religion an Schulen  
575 grundgesetzkonform vermittelt wird. Unabdingbar ist hierbei die Förderung der  
576 Ausbildung von Imamen in Deutschland. Darüber hinaus wollen wir die islamische

577 Seelsorge in staatlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Gefängnissen durch  
578 qualifiziertes und geeignetes Personal gewährleisten. Wir werden uns dafür  
579 einsetzen, dass die Anliegen kleinerer Religionsgemeinschaften ebenfalls gehört  
580 werden.

581 Die Zahl der konfessionsfreien Menschen steigt in Baden-Württemberg jährlich.  
582 Wir werden daher dafür sorgen, dass die Perspektive von konfessionsfreien  
583 Menschen in gesellschaftlichen und ethischen Debatten mitgedacht wird. Dazu  
584 wollen wir unter anderem die humanistischen Verbände besser in Dialogprozesse  
585 einbinden. Zur Religionsfreiheit gehört auch, sich ohne Hindernisse dafür  
586 entscheiden zu können, einer Religion nicht mehr anzugehören oder an einer  
587 Tradition nicht teilhaben zu wollen. Die Kommunen erheben unterschiedliche  
588 Gebühren für den Kirchenaustritt. Wir halten deshalb eine grundsätzliche  
589 Neuordnung der Gebühren für notwendig.

590 Wir Grüne sind davon überzeugt, dass wir mehr über die Gemeinsamkeiten lernen  
591 müssen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Ein wichtiger Aspekt ist deshalb  
592 ein Angebot für Ethik- und Werteunterricht in der Grundschule ab der ersten  
593 Klasse. Hier lernen alle Kinder von Anfang an, friedlich mit der Vielfalt an  
594 Religionen und Weltanschauungen umzugehen. Um den friedlichen Dialog auch im  
595 späteren Leben zu verbessern, werden wir die Servicestelle Friedensbildung in  
596 Baden-Württemberg finanziell stärken und personell ausbauen.

597 Darum Grün!

598 Wer Grün wählt, stimmt für

- 599 • eine Ehrenamtsoffensive, mit der wir das bürgerliche Engagement in unserem  
600 Land noch besser unterstützen
- 601 • eine Politik, die den Sport und seine zusammenführende Kraft stärkt
- 602 • eine Flüchtlingspolitik, die sich an Menschlichkeit und Verantwortung  
603 orientiert
- 604 • Gleichstellungsbeauftragte, die Chancengleichheit für alle Geschlechter  
605 verwirklichen
- 606 • eine ambitionierte Frauenpolitik, die Gewalt gegen Frauen entschieden  
607 entgegentritt
- 608 • ein Diversity-Management an Schulen, das Kinder lehrt, mit der Vielfalt  
609 unserer Gesellschaft umzugehen